



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Ein Zukunftsbild. Die Agrarier können wir nun vorläufig laufen lassen, nachdem ihnen der Staatsrat die Wege gewiesen hat. Das herrliche Schlußwort des hohen Vorsitzenden und sein Temperament bürgen dafür, daß er sich nicht darauf beschränken wird, im Reichsameisengewimmel leidlich Ordnung zu halten. Ohne Zweifel ist er ein Staatsmann im Sinne des Grafen Apponyi, der jüngst „überblickende Voraussicht“ als die höchste Stufe staatsmännischer Begabung bezeichnet hat. „Und was ist, sagt er, diese Voraussicht? Nichts anderes als das Schauen eines Zustandes, der heute noch nicht ist, sondern erst in Zukunft sein wird. Es bedarf wohl kaum des Nachweises, daß bei der Schaffung eines so großartigen Bildes die Mitwirkung der Phantasie unbedingt notwendig ist. Ein Politiker, der sich ein solches Bild nicht zu schaffen vermag, lebt entweder in den Tag hinein oder folgt nur individuellen Eingebungen und Parteiströmungen: er wird cynischer Opportunist oder beschränkter Doktrinär.“ Wir sind weder das eine noch das andre, sondern haben unser Zukunftsbild. Drei Ideale leben zur Zeit in den Köpfen der Deutschen: die Theokratie, die kommunistische Weltrepublik und ein gewaltiges, Osteuropa und Westasien umfassendes Germanenreich. Das erste und das zweite haben mächtige Parteien zur Verfügung, die an ihrer Verwirklichung arbeiten. Das dritte, das unsre, hat noch keine Partei, aber viel tausend Anhänger. Uns zum Verzicht darauf zu bewegen und etwa zum Ideal eines deutsch-afrikanischen Kolonialreichs zu befehlen, war die Kolonialdebatte der vorigen Woche nicht eben geeignet. Aber der Abgeordnete Haffe, der darin auftrat, erinnerte uns an den Antrag, den er am 6. März bei der Jugenddebatte gestellt hat: daß sowohl der Verlust der Staatsangehörigkeit wie die Naturalisation von Ausländern erschwert werden solle. Dieser Antrag steht nämlich zu unserm Ideal in einer gewissen Beziehung, indem er die Keime von zwei für die Machtentfaltung und Reichsgründung notwendigen Grundsätzen enthält, an die der Antragsteller freilich nicht gedacht haben wird.

Nicht sowohl darum handelt es sich, den Verlust der Staatsangehörigkeit zu erschweren, als darum, das Behalten möglich zu machen. Die Deutschen würden herzlich froh sein, wenn sie so glücklich wären wie die Engländer, die sich auf einem Flächenraume von 600 000 Quadratmeilen tummeln und ihr Glück versuchen, dabei aber Engländer bleiben können. Dagegen der Deutsche ist, da unsre überseeischen Besitzungen vor der Hand kaum in Betracht kommen, auf seine 10 000 Quadratmeilen beschränkt und während der besten Jahre seines Lebens, in denen das Werk der Existenzbegründung vollbracht werden muß, durch die Militärpflicht daran gebunden. Wandert er in dieser Zeit aus, weil ihm das Vaterland keine Möglichkeit darbietet, sich einen eignen Herd zu gründen, so muß er diesem Vaterlande, ob er auch mit allen Fasern daran hänge, zeit lebens fern bleiben, denn kehrt er zurück, so sperrt man ihn ins Gefängnis. Die gegenwärtige Weltlage fordert das so, zugegeben! Aber diese Gleichgewichtslage, die nicht die Gleichgewichtslage der Teile eines wohlgefügteten Gebäudes, sondern die der Atome in einem Sprengstoff ist und bei der leisesten Erschütterung einer verheerenden Explosion weichen kann, darf doch nicht als Beharrungszustand angesehen werden. Als solcher ist eine Lage anzustreben, wo sich der Deutsche frei auf einem weiten Raume bewegen, seine Kräfte entfalten und sein Glück begründen kann, ohne dem Vaterlande verloren zu gehen, und ohne daß ihm sein Vaterland verloren geht.

Und nicht sowohl die Naturalisation als die Germanisation ist zu erschweren.

Die höher organisirten Völker sind dazu berufen, Reiche zu gründen, in denen sie niedriger organisirte beherrschen; ein sogenanntes Reich, worin kein herrschendes Volk über unterworfenen Stämme, Hörige oder Sklaven gebietet, ist kein wirkliches Reich oder imperium. Für ein solches Reich ist es nun Daseinsbedingung, daß sich die beherrschten Stämme dem herrschenden Volke nicht assimiliren; sobald die Barbaren die Sprache und Sitten des herrschenden Kulturvolks annehmen und sich mit ihm vermischen, verschlechtern sie entweder seinen Charakter oder, falls sie selbst edeln Charakters sind, entreißen sie ihm die Herrschaft. Unser Volk hat dreimal Reiche gegründet: zuerst auf den Trümmern des römischen Reichs eine ganze Anzahl zugleich, deren wichtigste zum Reiche Karls des Großen verschmolzen, dann das Reich der Ottonen, Salier und Hohenstaufen, das Romanen und Slawen beherrschte, endlich das anglo-indische Reich. Jetzt ist die Reihe an uns, die wir uns heute, nicht durch den gegenwärtigen Zustand berechtigt, sondern prophetischerweise Reichsdeutsche nennen. Wenn wir uns weder zu der platt liberal-sozialdemokratischen Ansicht von der Gleichheit aller ungeflügelten Zweifüßler bekehren, noch an unsrer Kraft verzweifelnd uns mit einem Zustande der Verkümmern zufrieden geben wollen, so können die römischen Fünde der Archäologen auf deutschem und orientalischem Boden keine andre Wirkung ausüben als uns beschämen und an unsern weltgeschichtlichen Beruf mahnen. Für dessen Durchführung ist es aber von der höchsten Wichtigkeit, daß wir die seltsame Einbildung — eine Marotte allerjüngster Erfindung — ablegen, es sei Aufgabe des herrschenden Volks, die Unterworfenen zu assimiliren. Geschieht das im Laufe der Zeit von selbst auf friedliche Weise, so ist es schon ein Unglück für das herrschende Volk; dieses Unglück aber auch noch auf gewaltsame Weise und mit Sturmeisele herbeiführen wollen, ist die seltsamste aller Thorheiten. Denn entweder das Germanisirungswerk gelingt, dann schafft man sich Konkurrenten und verschlechtert das deutsche Blut. Haben doch die Antisemiten vollkommen Recht, wenn sie sagen, daß auch der getaufte Jude ein Jude bleibe und durch die erlangte völlige Assimilirbarkeit nur um so gefährlicher werde, und hat doch kaum ein deutscher Stamm den germanischen Charakter so rein bewahrt wie die unter lauter Fremden lebenden Walten. Oder, was das gewöhnliche ist, der Versuch schlägt fehl, dann hat man sich und die Unterworfenen unnütz gequält, die Regierung verhaßt, aus willigen Arbeitern haßerfüllte, rebellische Knechte gemacht. Sowohl die Russen verstehen das, die dem richtigen Grundsatz erst in neuerer Zeit und zwar nur den Polen und den Deutschen, nicht aber den muhammedanischen und buddhistischen Mongolenstämmen gegenüber untreu geworden sind, als auch die Engländer, die nicht versäumen, neben dem Hause der Bibelgesellschaft Fabriken indischer Götzenbilder zu errichten; jene zum Schein für den einfältigen europäischen Zuschauer ihrer Thätigkeit, diese im Ernst fürs Geschäft und für die Politik.

Über Parität hat Professor W. Kahl am 27. Januar d. J. in der Universitätsaula in Bonn einen Vortrag gehalten, bei dessen Ankündigung vermutlich den einen oder andern einige Sorge beschlichen haben wird. Denn in der That, das Thema schien sehr heikel. Doch zeigte sich bald, daß die Sorge unbegründet war, denn der Redner beschränkte sich darauf, zu zeigen, wie die Parität entstanden ist, und was den Kernpunkt der gegenwärtigen Frage bildet. *) Das Alter-

*) Der Vortrag ist gedruckt erschienen im Verlage von J. C. B. Mohr in Freiburg i. B. Grenzboten I 1895

tum hat den Begriff der Parität nicht gekannt, es müßte denn sein, daß man den Indifferentismus der Römer gegen die Religionen der unterworfenen Völker als solche bezeichnen wollte. Erst im Jahre 313 n. Chr. begegnet uns die erste Spur einer Parität im modernen Sinne, das Edikt der Kaiser Konstantin und Licinius, wodurch Christen und Nichtchristen die freie Ausübung der ihnen zugehenden Religion zugesichert wurde. Aber diese christlich-heidnische Parität hat das Ende des vierten Jahrhunderts nicht überdauert, nach mancherlei Schwankungen macht sie im Jahre 380 der Alleinberechtigung des Christentums als Staatsreligion Platz. So blieb es alsdann bis zum Schluß des Mittelalters. Erst aus Anlaß der Reformation ist die Parität im Beginn der Neuzeit wieder aufgetaucht; nicht durch die Reformation, weil Luther zunächst nicht eine neue Kirche stiften, sondern den Boden der alten behaupten wollte. Auch für die Reformation war das letzte Ziel nicht die Parität mit der römischen Kirche, sondern die Ausschließlichkeit der evangelischen. Dementsprechend haben sich auch die Staaten des sechzehnten Jahrhunderts das Problem nicht so gestellt, sondern der Grundsatz: *Cuius regio, eius religio* wurde allgemein anerkannt und befolgt, bis der Friede von 1648 den Grundsatz der Parität in die Reichsverfassung hineintrug. Vor der Hand freilich war auch diese Parität noch rein äußerlich; sich nicht majorisieren zu lassen, war der Zweck der Organisation des *Corpus Evangelicorum* und *Catholicorum*. Erst der Große Kurfürst ist es gewesen, der auf einem allerdings wie kein anderer dazu geeigneten Boden der Parität im tiefsten Sinne des Wortes eine Stätte schuf, indem er weit über den Geist des westfälischen Friedens hinausging. Was ihm als Richtschnur bei seinen Maßregeln auf dem konfessionellen Gebiete vorgeschwebt hat, das ist heute in Rechtsform gesetzt, aber die Voraussetzung dieser Rechtsform ist, daß jeder Bürger als Gesetzgeber, Richter und Beamter die Fähigkeit und den Willen habe, gerecht und ohne konfessionelle Befangenheit die öffentlichen Dinge zu beurteilen und zu betreiben. Zu sorgen, daß diese Voraussetzung bestehen bleibe, das ist die Aufgabe der Gegenwart. Aber die Forderung „Jedem das Gleiche,“ die man jetzt zuweilen vernimmt, ist verkehrt; richtiger sagt man: „Jedem das Seine.“

Alte und neue Gedanken über das Geld. Neben dem Streit über Bimetallismus und Monometallismus, die beide die ausschließliche Benutzung der Edelmetalle als Geld voraussetzen, treten in der neuern Litteratur immer mehr Lehren auf, die die Funktionen des Geldes von dem Privilegium der Edelmetalle (Gold und Silber) überhaupt lösen und auf neue Grundlagen stellen wollen. In der Hauptsache machen sich da drei Strömungen geltend. Die erste, vertreten in dem von Skarzynski für die Grundkreditkommission des Bundes der Landwirte erstatteten Bericht, will einem landwirtschaftlichen Zentralkreditinstitut (Zentrallandschaft) das Recht verleihen, unverzinsliche Banknoten auszugeben. Die Banknoten sollen zur Hälfte auf die allerersten Hypotheken fundirt werden, und die Zentrallandschaft soll die als Unterlage dieser Banknoten dienenden verzinslichen Pfandbriefe in ihrem Bankreservoir aufbewahren. Die andre Hälfte der Pfandbriefe — so wird angenommen — verkauft die Zentrallandschaft und schafft sich damit den zur bankmäßigen Deckung erforderlichen Metallvorrat. Dieser Metallvorrat, der zur Einlösung der präsentirten Noten dienen soll, beträgt also die Hälfte der ausgegebenen Banknoten. Für den übrigen durch den Metallvorrat nicht gedeckten Teil sollen die in den Portefeuilles der Zentrallandschaft aufbewahrten verzinslichen Pfandbriefe als bankmäßige Deckung genügen. Wie bei den bisherigen Noten-

ausgaben ein Teil der Banknoten durch Wechsel-, Depositen- und Lombardwerte gedeckt wird, soll derselbe Anteil der Banknoten der Zentrallandschaft durch die verzinslichen Pfandbriefe gesichert sein. Das ganze läuft also darauf hinaus, daß als Unterlage für die in dem jetzigen Banksystem bestehenden sogenannten ungedeckten, d. h. nicht durch Metallgeld gedeckten Banknoten neben den Wechseln u. s. w. auch Pfandbriefe zugelassen, und daß bis zum Betrag dieser Pfandbriefdeckung unverzinsliche Banknoten, besonders zu Gunsten der in der Zentrallandschaft vereinigten Grundbesitzer, ausgegeben werden sollen. Nun läßt sich manches dafür sagen, daß die Vorteile der unverzinslichen Notenausgabe, die bei dem gegenwärtigen Banksystem nach einer oft gehörten Meinung in erster Reihe dem Handel, namentlich dem Effektenhandel zu gute kommen sollen, mehr dem landwirtschaftlichen Grundbesitz zugänglich gemacht werden. Auch aus den Kreisen des Klein-gewerbes sind solche Bestrebungen hervorgetreten. Aber das Hauptbedenken liegt in dem Zweifel, ob sich Pfandbriefe als Deckung für unverzinsliche, jederzeit gegen Metallgeld einzulösende Banknoten eignen. In regelmäßigen Zeiten werden sie allerdings leicht verkäuflich sein. In kritischen Zeiten aber wird die Verkäuflichkeit alsbald stocken, und was am bedenklichsten ist: die Exekution auf die verpfändeten Grundstücke wird nur schwer und mit nachteiligen Folgen für die Landwirtschaft im allgemeinen durchführbar sein. Es ist zu befürchten, daß durch diese Art von Pfandbriefen, die doch jederzeit realisierbar sein müssen, wenn sie als Unterlage jederzeit einlösbarer Banknoten dienen sollen, den Interessen der Landwirtschaft nur wenig gedient ist. Sollte aber nicht an der jederzeitigen Realisierbarkeit festgehalten werden, so würde nur das alte, aber höchst bedenkliche Projekt des unverzinslichen, ohne Einlösungspflicht auf Grund und Boden fundierten Papiergeldes übrig bleiben.

Von diesen Gefahren weniger bedroht ist die zweite Gruppe, die die Zulassung unverzinslicher, durch Waren gedeckten Noten befürwortet. In erster Reihe steht hier das in der Schrift „Studien über die Zukunft des Geldwesens“ von Schraut entwickelte System der Getreidenoten. Nach den Ausführungen des Verfassers können auch andre Kapitalgüter allgemeinen und ununterbrochenen Gebrauchs als Deckungsfonds für die Umsatzmittel dienen, sofern sie gleich dem Metallgeld jederzeit und allseitig realisierbar sind, und zwar zunächst das Getreide. Schon jetzt erfolgt der Zahlungsverkehr größtenteils nicht mehr durch Bargeldhinzugabe, sondern durch Anweisungen auf einen Metalldeckungsfonds. Durch die Einfügung des Getreides als Deckungsfonds für die Umsatzmittel soll das Privilegium des Metallgeldbesitzers durchbrochen werden, der jederzeit aus eigener Kraft kauffähig ist, während die übrigen Warenbesitzer auf den Käufer warten müssen. Schraut versucht den Nachweis, daß die Annahme, die Produktion der Edelmetalle sei weniger wandelbar und beliebig vermehrbar als die des Getreides, längst durch die Thatfachen widerlegt sei. Die Edelmetallproduktion beruhe auf keiner festeren Grundlage als die anderer Rohstoffe. Auch die Wertschwankungen seien bei den Edelmetallen nicht geringer als bei andern Rohstoffen. Ebenso wenig sei ein Vorrecht der Edelmetalle deshalb begründet, weil sie unverzehrbar, dauerhaft und unzerstörbar seien. Seitdem das Metallgeld im Großverkehr nur als Deckungsfonds diene, sei der Umstand, daß das Getreide im einzelnen in den Gebrauch übergehe, ohne Bedeutung, weil die Getreidemenge im ganzen fortlaufend derart erneuert werde, daß sie im ganzen ebenso eine geschlossene fortlebende Einheit darstelle, wie die auch im einzelnen unzerstörbare Bargeldmenge. Im ganzen baut sich die Schraut'sche Lehre auf eine neue Theorie

des Leihverkehrs (Kredit) auf, deren Mittelpunkt eingehende Ausführungen gegen das mit dem Bargeldmonopol unzertrennbar verbundene System der sogenannten ungedeckten Banknoten, d. h. der unmittelbarer bestimmter Kapitaldeckung entbehrenden Notenemission der Notenbanken bilden. Auf Einzelheiten des Vorschlags einzugehen, würde hier zu weit führen. Zum Wesen des Sache gehört, daß das Getreide (Roggen oder Weizen) und eine entsprechende Menge von Währungsmetall oder Kurantgeld zu einem einheitlichen Deckungsfonds für einen einheitlichen Notenumlauf zu vereinigen sind. Für die sämtlichen Noten soll die Einlösung gegen Metallgeld einzuräumen sein; zu diesem Zwecke muß das Getreidedepot jederzeit gegen Metallgeld oder auf Metallgeld beruhende sofort fällige Anweisungen realisierbar sein. Von Interesse ist, daß nur inländisches Getreide als Deckung zugelassen werden soll. Damit wäre der vielfach gewünschte Vorsprung des inländischen Getreides vor dem ausländischen gegeben. Wir lassen dahingestellt, ob sich ein solcher Gedanke in Zukunft Bahn brechen wird. Schraut selbst hält ein sehr vorsichtiges Vorgehen für nötig und glaubt, daß nur Rohstoffe, aber nicht Fabrikate die Grundlage für das Notensystem der Zukunft bilden könnten. Jedenfalls wird der Gedanke der unmittelbaren Verbindung von Geldwert und Warenwert mehr und mehr Ansehen gewinnen, wenn man auch nicht so weit gehen wird wie Egidy, der in seiner neuesten Veröffentlichung „Leitworte“ kurz sagt: „Das Geld hat keinen Wert »an sich«; es ist nur Verkehrsmittel. Der Wertmesser für alle Erzeugnisse und sonstigen Preisbestimmungen ist »das Brot.« Um unsre Ernährung handelt es sich, nicht um das Wertverhältnis von Edelmetallen.“

Eine dritte Gruppe strebt eine Reform des Geldwesens durch die Ausgabe von Papiergeld an, ein zwar nicht neuer Gedanke, der aber in neuer wissenschaftlicher Darlegung in zwei Schriften von D. Heyn und Osius Barnes vertreten wird. Heyn spricht sich in Anlehnung an einen frühern bekannten Vorschlag von Ricardo für eine nationale Papierwährung mit Goldreserve für den Auslandsverkehr aus; er will das Papiergeld zu einem ganz selbständigen Wertmaß machen und das Gold als eine Ware behandeln, die zu unveränderten Preisen angekauft und verkauft werden kann. D. Barnes geht noch weiter, indem er auch ein internationales Papiergeld neben dem nationalen Papiergeld schaffen will. Man kann die eigentümliche Behandlung der Frage in beiden Schriften anerkennen; jedenfalls steht aber fest, daß das Papiergeld immer nur einen Kreditbrief, eine Anweisung auf das allgemeine Vertrauen bildet. Ist dieses Vertrauen Schwankungen unterworfen, so muß auch der Wert des Papiergeldes schwanken, und mit dem Sturz des Vertrauens wird das Papiergeld Scheinwert. Die Geschichte zeigt uns bekanntlich solche Beispiele von sehr drastischer Art. Mit dieser Möglichkeit ist aber auch jedes Papiergeldprojekt für die Verwirklichung unbrauchbar, und zwar für alle Zeiten, denn daß es je einen von Schwankungen befreiten Staatskredit geben sollte, muß trotz aller sozialen Fortschritte für ebenso unmöglich gehalten werden wie der ewige Völkerfrieden. Hierzu kommen noch die Schwankungen, die der Wechsel der internationalen Zahlungsbilanz in dem Geldwerte jedes Landes mit sich bringt, und die noch größer und gefährlicher sind als bei Barzahlungen, da das Korrektiv, das gegen eine zu weit gehende Verschlechterung der Wechselkurse in der Notwendigkeit der Barzahlung liegt, bei den Papiervaluten fehlt. Unter diesen Umständen wird das Geldwesen wohl stets in Verbindung mit Werten bleiben müssen, die geringern Schwankungen ausgesetzt sind als der jederzeit dem Zufall internationaler Verwicklungen ausgesetzte Staatskredit.

Wald und Wasser. Auf die Betrachtungen eines Laien über diesen Gegenstand im elften Hefte sendet uns ein Rittergutsbesitzer in Thüringen folgende Erwiderung:

Gott bewahre uns vor der Rückkehr ungeordneter Bauernwaldwirtschaft! Wenn auch die Fachwerkwirtschaft der großen Staatsforsten vom forstwirtschaftlichen Standpunkt aus gegenüber der Plänterwirtschaft einer berechtigten Kritik unterzogen werden kann, so ist diese Fachwerkwirtschaft doch unter keinen Umständen schuld an der Wasserentziehung oder gar an dem zu schnellen Wasserablauf im Gebirge. Im Gegenteil, da werden wohl alle Maßregeln zu vernünftiger und nicht zu schneller Abwässerung getroffen, denn es läßt sich wohl annehmen, daß das, was in kleinen Privatrevieren geschieht, erst recht allenthalben auf Staatsrevieren geübt wird.

Ich bewirtschafte mein kleines 150 Hektar enthaltendes Revier seit nunmehr zwanzig Jahren und möchte die Behauptung aufstellen, daß die traurig ungünstigen Wasserverhältnisse lediglich der loddrigen Bauernwirtschaft zuzuschreiben sind. Der Bauer ist in der Regel, was man einen „habrigen“ Menschen nennt; das alte Sprichwort vom kleinen Finger und der ganzen Hand ist sehr richtig, und die dumme Schlaueit der Bauern kennt jeder. Als der Körnerbau lohnte, da konnte ich in meiner Gegend sehen, wie tapfer die Leute das bißchen Wald abholzten, ohne Sinn und Verstand Waldboden, d. h. Boden, der seiner Fräugigkeit halber Ackerkrume kaum festhalten kann, urbar machten, einen augenblicklichen Gewinn einheimsten, nachher aber den natürlich nur mit großen Opfern ertragsfähig zu erhaltenden Boden, eben der Kosten wegen, wieder verloddern ließen. Dann ist der Zustand geschaffen, der die Wasserabflüsse zu Abstürzen macht und dadurch die klimatischen Verhältnisse verändert. Wie ferner der Bauer meistens im Walde haust, was die Bodendecke, das Moos, anlangt, weiß jeder, der einmal Bauernhölzer gesehen und mit wohlbewirtschafteten verglichen hat. Der Laie der Grenzoten schiebt auf dem Boden dichtes Moos; ich habe seither nur armselige dürre Heide entdeckt, die kein Wasser festhalten kann, und warum? weil der Bauer eben womöglich alle Jahre das wenige Moos zusammenkragt, um seiner unvernünftig betriebnen Feldwirtschaft das fehlende Stroh zuzuführen. Daß dabei sein Wald verkrüppelt, bedenkt der Schlaue nicht. Ich habe schon in einem Gutachten vor ungefähr fünfzehn Jahren erwähnt, daß bei der fortschreitenden Entwaldung die Bauern wenigstens dafür sorgen müßten, daß ein geregeltes Graben- und Teichsystem geschaffen werde, das den zu jähen Wasserabsturz verhindert, und habe dabei vorgeschlagen, daß die Einzelbesitzer ihre Gräben in Kommunalgräben leiten, und diese wieder in Teiche geleitet werden möchten, von denen aus dann das Wasser langsam thalwärts gelangt. In meinen Fluren habe ich das überall durchgeführt, habe dafür auch in dem trocknen Jahre 1893 stets Wasser gehabt. Man erwiderte mir, daß eine derartige systematische Wasserhaltung Millionen koste. Zugegeben; aber das sind gut angewandte Millionen, und ich mag nicht wissen, was im Jahre 1893 den Leuten in meiner Nachbarschaft das tägliche Anfahren von Wasser gekostet hat, ganz abgesehen von den verdorrten Wiesen und Feldern. Ob da nicht eine reichliche Verzinsung des Teilkapitals eingetreten wäre?

Wenn ferner der Laie davon spricht, daß Regulirungen der Flüsse und Wasserläufe nur dazu dienen sollten, das Wasser möglichst schnell fortzuschaffen, so ist das ein gewaltiger Irrtum. Da, wo man das als Grundsatz aufgestellt und darnach gehandelt hat, sind freilich die vom Laien beobachteten Uebelstände eingetreten. Eine vernünftige Flußregulirung sucht meines Wissens die Fallverhältnisse der Fluß- und Nebenflußläufe zu regeln und die Geschwindigkeit des ablaufenden

Wassers in bestimmte Verhältnisse zu bringen zu eben dem Gefälle, d. h. dem Wasser einen regelrechten, weder zu schnellen noch zum Stagniren neigenden Lauf zu geben.

Wenn endlich der Laie behauptet, daß schlecht kultivierte oder unkultivierte Bauernwälder Schnee und Regen länger hielten, so scheint mir, er hat noch keine Gelegenheit gehabt, einmal in gut angebaute Forst Waldbestände der ersten Altersklasse, d. h. von einem bis zwanzig Jahren, im Winter zu sehen, ist wohl auch bei Regenwetter niemals im Sommer auf dem Pürschgang durch solche Bestände gegangen. Leider halten diese Nadelholzbestände, und ich glaube, er spricht auch nur von Nadelhölzern, den Schnee manchmal nur zu gut, sodaß bei einem harten Winter oft die jungen Bestände durch den Schneedruck, der monatelang auf ihnen lastet, gebrochen werden. Und in einem gut bewirtschafteten Walde mit Fachwerkbetrieb giebt es derartige Bestände allenthalben bis zum dritten Teile des Gesamtbestandes. Schneemassen kann der Laie in solchen Beständen manchmal noch im Juli sehen. Also auch hierin scheint mir seine Beobachtung mangelhaft zu sein.

Meiner Meinung nach — es ist das zwar ein starker Eingriff in das Privatverfügungsrecht — sollte der Staat den Bauern das Waldverwüsten verbieten. Nach der weimarischen Gesetzgebung muß eigentlich nur zu Wald geeigneter Boden immer als solcher benutzt werden; aber wie lau wird das Gesetz gehandhabt! Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter. In Baiern stehen sogar alle größern Waldungen unter staatlicher Obergaufsicht, und kein Grundbesitzer darf dort von dem einmal genehmigten Hiebplan abweichen. Aber wie gesagt, das halte ich für einen starken Eingriff in die Eigentumsrechte. Mir macht die Waldwirtschaft Vergnügen, und ich suche alle nur erdenklichen Vorteile auf, um die Wachstumsfreudigkeit des Forstes zu erhöhen, suche die geeigneten Holzarten an die geeigneten Plätze zu bringen, und so, denke ich, sollte jeder Besitzer bestrebt sein. Aber wo käme die Freudigkeit hin, wenn ich mich irgend einem Oberförster unterordnen soll, der notabene manchmal gar nicht soviel Urteil zu haben braucht wie ich!

Die Schlußfolgerungen des Laien erinnern sehr an die Gedanken eines Grundbesitzers von 35 Nr 49 Quadratmetern im ersten Heft des Jahrgangs 1894, der an uns armen größern Landbesitzern keinen guten Faden läßt und zu glauben scheint, daß wir nur „repräsentieren, schlemmen und unterdrücken“ wollen. Im Gegenteil, es gehört heutzutage eine gehörige Portion Energie, tüchtiges Wissen und Ausnutzung aller Umstände dazu, um einen großen Grundbesitz rentabel zu erhalten. Daß man das nicht alles selbst machen kann, wie der verehrliche Besitzer von 35 Nr 49 Quadratmetern, ist wohl selbstverständlich, aber der Kopf denkt und die Hände arbeiten, und wenn das die Vorfahren des verehrten Herrn bedacht hätten und nicht als Raubritter aufgehängt worden wären, sondern ihren Besitz auf den Urenkel vererbt hätten, wer weiß, ob er seinen Artikel so geschrieben haben würde.

Von einem „süddeutschen Naturfreunde“ wird uns zu derselben Frage noch folgendes geschrieben:

Den Betrachtungen des Laien aus Thüringen kann man auch für den Oberrhein zustimmen, freilich ohne dem Wunsche nach der Rückkehr zu einer ungeordneten Bauernwirtschaft beizutreten, da den geschilderten Nachteilen auch in anderer Weise abgeholfen werden kann, z. B. durch größere oder kleinere Thalsperren, Horizontalgräben. Nach den bisherigen Wahrnehmungen läßt sich nicht erwarten, daß irgend eine Forstverwaltung Einwendungen aus Laienkreisen irgend welche Beachtung schenken werde, jede Kritik pflegt als ein Angriff auf den Bestand des Waldes

mit dem Hinweis auf die Entwaldungen in Griechenland, Tirol, Frankreich u. s. w. abgefertigt zu werden. Etwas muß aber doch an der Sache sein, wenn eine technische Behörde, das Zentralbüro für Meteorologie und Hydrographie im Großherzogtum Baden, in seiner Denkschrift über den Rheinstrom und seine wichtigsten Nebenflüsse (5. Abschnitt: die Bewaldung des Stromgebietes, Seite 107) Veranlassung nimmt, den Übertreibungen hinsichtlich der günstigen Wirkungen des Waldes auf die Wasserhaltung entgegenzutreten. Da das Werk weitem Kreise schwer zugänglich ist, möge das wesentlichste dieser Ausführung hier folgen: „Von größter Bedeutung in der Wald- und Wasserfrage ist der Umstand, daß der Wasserverbrauch und die Wasserzurückhaltung des Waldes in der toten Zeit, also im Winter, wenig oder gar nicht zur Wirkung kommen, am meisten dagegen im Sommer, also in der Jahreszeit, wo in den nicht von den Firnen des Hochgebirges gespeisten Gewässern in der Regel Wasserarmut herrscht, die von der Landwirtschaft, den Wasserwerken und der Schifffahrt als ein schwerer Nachteil empfunden wird. In den Flüssen der Mittelgebirge des Rheingebiets mit ihren vorherrschenden Sommerregen wird der Rückgang der Wasserlieferung im Sommer auch wesentlich auf den Wasserverbrauch des Waldes zurückzuführen sein; der Winter aber ist hier die Zeit der Hochwassergefahr, und gerade in dieser Zeit ist die Wirkung des Waldes auf die Wasserzurückhaltung die geringste. Und da diese Wirkung, wie durch Versuche und Messungen nachgewiesen ist, abnimmt, je stärker die Niederschläge auftreten, so kann bei wiederholtem Umschlag der Witterung im Winter das Vorhandensein ausgedehnter Waldungen im Gebirge geradezu eine Steigerung der Hochwassergefahr herbeiführen. Schon diese Andeutungen dürften erkennen lassen, daß die wasserwirtschaftliche Bedeutung des Waldes mindestens überschätzt worden ist, wenn man den schroffen Wechsel in der Wasserführung der Bäche, Flüsse und Ströme, die Verschärfung einerseits der Trockenperioden (Wasserklemmen), anderseits der Hochwassererscheinungen der Abnahme der Waldbedeckung ausschließlich oder doch in erster Reihe zuschreiben wollte. Von ganz unzweifelhaft wohlthätiger Wirkung aber ist der Wald in den Gebirgen durch Befestigung des Verwitterungsbodens u. s. w.“

Der ziemlich allgemein verbreiteten Ansicht, daß die Entwaldung in Deutschland stetig zunehme, wird auf Seite 122 der Denkschrift entgegengehalten, daß jedenfalls in letzter Zeit im deutschen Rheingebiet die Aufforstungen die Ausstockungen überwiegen und im großen und ganzen die Waldfläche im Zunehmen begriffen ist. Zu demselben Ergebnis kommt die Amtliche Statistik des deutschen Reichs (4. Heft, S. 130). Die Gesamtfläche der Forsten im deutschen Reich hat sich in den Jahren 1873 bis 1893 um 117971 Hektar vergrößert (13956827 gegen 13838856 Hektar).

Burschikose Ausdrücke Dürers. In Dürers venetianischen Briefen an Pirtheimer kommen verschiedene derbe burschikose Ausdrücke vor. Öfter begegnet brauten (vgl. das Wörterverzeichnis in der Ausgabe von Lange und Fuhse), das mit unserm abgebrüht eng zusammenhängt, je einmal klistieren (d. i. klistieren) und Seidenschwanz. Wenn klistieren in dem ältesten studentischen Wörterbuch, das wir kennen, dem „Kompendiösen Handlexikon der unter den Herren Burschen auf Universitäten gebräuchlichsten Kunstwörter“*) von 1749 mit „prellen“ erklärt wird, so hat es deutlich die umgekehrte Bedeutungsverschiebung durchgemacht wie

*) Vgl. Kluge, Deutsche Studentensprache, S. 76.

eben dieses pressen, für das Kluge aus dem Jahre 1765 die Bedeutung „Mädchen verführen“ belegt. Auch Seidenfchwanz läßt sich wohl in der Studentensprache des achtzehnten Jahrhunderts nachweisen, denn so wird das Seidenf... der Leipziger „Studentengeographie“ von 1773 zu ergänzen sein, und nicht zu Seidenspinner, wie Kluge meint.

Diesen drei sichern Beispielen für eine Tradition, die sich aus der burschikosen Ausdrucksweise von Dürers Zeit in die neuere Studentensprache herüber fortgepflanzt hat, lassen sich vielleicht noch ein paar andre anreihen. Am Schluß des zweiten Briefes an Pirtheimer spottet Dürer: „Lieber, ich wollt geren wissen, ob Euch kein Buhlschaft gestorben wär, etwas schier beim Wasser oder etwas solichs (folgt die Zeichnung einer Rose) oder (folgt die Zeichnung eines Staubbesens) oder (folgt die Zeichnung eines Hundes) Madle, auf daß Ihr eine andre an derselben Statt brächtt.“ Mit diesen rätselhaften kleinen Zeichnungen hat man sich weiblich herumgeschlagen, immer in dem Bemühen, sie mit den Abkürzungen von Nürnberger Namen in dem letzten dieser Briefe in Einklang zu bringen: in der That handelt es sich ja an beiden Stellen um Liebschaften Pirtheimers, und lag es nicht so nahe wie nur möglich, die Rose auf die Rosenthalerin zu beziehen? Und doch haben alle diese Versuche zu keinem sichern Ergebnis geführt; auch was Konrad Lange in der Festschrift für Overbeck (S. 136 ff.) neues bringt, ist nicht überzeugend.

Die vier rebuzartigen Bezeichnungen werden keine bestimmten Mädchen, sondern Typen meinen. Das läßt sich schon aus den Worten etwas solichs schließen. Um von hinten anzufangen: Hundemädel und Besen sind zwei verächtliche burschikose Ausdrücke für nicht gerade anziehende Weibsbilder. Rose ist ein jahrhundertalter Ausdruck gerade der Burschensprache (schon rosa im Vagantenlatein der Stauferzeit) für ein blühendes rotwangiges Mädchen. Und die Worte „etwas schier beim Wasser“? Ich glaube, dahinter steckt eine Nymphe. Eine schönere Abstufung von Dirnentypen wäre gar nicht denkbar.

Da wir einmal bei Dürer sind: das Wort trawthat, das Dürer am Schluß seiner Verse auf Maria von Jesus braucht, ist weder als Trau—that (That der Treue), wie bei Lange und Fuhse unten steht, noch als Traut—that (Liebeswerk) aufzufassen, wie sie hinten im Wörterverzeichnis angeben, sondern als Trautheit. Das Wort ist nichts als das abstrakte Substantiv zu traut, mhd. trut, einem der häufigsten Beiwörter, die Jesus in der Litteratur des ausgehenden Mittelalters führt. Die Schreibung a für ei kommt bei Dürer auch sonst oft genug vor und erklärt sich aus seinem Nürnberger Dialekt; er sprach etwa: hoat. R. W.

Wozu sind die Lehrer da? In dem neuesten Hefte der Zeitschrift für Gymnasialwesen ist eine neue Schulausgabe des „Egmont“ angezeigt, die den ganz besondern Vorzug hat, daß die Anmerkungen an den Rand der Seiten gestellt sind. So brauchen sich die Herren Jungen nicht erst die große Mühe zu machen, unten oder gar am Ende des Buches nachzusehen. Natürlich fehlt auch die ausführliche Einleitung nicht; aber der Verfasser der Besprechung ist auch damit noch nicht zufrieden und bezeichnet als zweckmäßig, „in Zukunft bei allen derartigen Schulausgaben am Ende der einzelnen Aufzüge oder nach größern Abschnitten kurze zusammenfassende Übersichten, Fingerzeige über die Entwicklung der Handlung und vor allem Fragen folgen zu lassen, damit die Schüler selbst sich über das Gelesene Rechenschaft geben können.“

Wir stellen statt dessen nur die eine Frage: Wozu sind die Lehrer da? Alles,

was hier gefordert wird, ist doch ihre Sache, das ist ja das einzige, was sie noch bei der Verwendung solcher Ausgaben im Unterricht leisten können, nachdem der freundliche Bearbeiter so viel für sie gethan hat, daß ihnen zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. In den Einleitungen und Anmerkungen wird ja in der Regel schon viel mehr geboten, als für die Schule überhaupt nötig und nützlich ist. Entweder kann es nun der Lehrer dem Schüler überlassen, sich aus dem Buche selbst zu unterrichten, oder er giebt den vorliegenden Stoff, vielleicht mit etwas andern Worten, wieder; beide Möglichkeiten erscheinen pädagogisch bedenklich. Es kommt hinzu, daß solche Schulausgaben häufig von unwissenden und unfähigen Leuten herrühren (Beispiele stehen in beliebiger Anzahl zur Verfügung) und so von falschen und ungenauen Angaben wimmeln. In der letzten Zeit hat sich auf diesem Gebiete eine förmliche Industrie entwickelt: in einem Jahre sind fünf Schulausgaben von Goethes „Iphigenie“ erschienen. Es könnte fast scheinen, als lernten unsere Lehrer des Deutschen auf der Universität so wenig Grammatik, daß sie für sich und ihre Schüler in der neuern Literatur solche Gelsbrücken nicht mehr entbehren könnten. Wenigstens ist nicht einzusehen, was sie sonst für einen Zweck haben sollten. Schließlich sei noch auf eine andre, sozusagen nationalökonomische Seite der Sache hingewiesen. Die deutschen Klassiker, die in der Schule gelesen werden, kann jeder zu Hause oder in einem weit billigeren einfachen Textabdruck bei jedem Buchhändler erhalten; man zwingt also die Schüler durch die Einführung solcher Ausgaben zu einer ganz überflüssigen Auswendung, die höchstens im Interesse der Bearbeiter und Verleger geschieht.

Querelles allemandes. Der Reichstagsbeschluß vom 23. März findet meistens eine Beurteilung, der ruhige Beobachter nicht zustimmen können. Durfte man denn von der Mehrheit dieses Reichstags eine andre Haltung erwarten? Und ist es in diesen ersten Zeitläuften nicht verdienstlich, allgemeine Heiterkeit hervorzurufen? Die Clowns und andre „Spezialitäten“ müssen durch alle Länder reisen, um die Menschheit zum Lachen zu bringen; die 163 aber bleiben ruhig in Berlin und erregen schallendes Gelächter von Kapstadt bis Toronto und von Melbourne bis Hammerfest — das ist doch eine „Leistung“! In allen Sprachen jubelt man: „Der Regensburger Reichstag ist wieder auferstanden. Die alten Perücken zankten um das Recht, die Füße auf den Teppich setzen zu dürfen, die neuen streiten darüber, ob der Gründer des deutschen Reichs verdiene, von ihnen beglückwünscht zu werden,“ und das ist ohne Zweifel noch komischer, mag immerhin die Ästhetik solche Wirkungen zur niedrigen Komik rechnen. Und haben sie, jeder auf seinem Standpunkte, nicht Recht? Man sagt ihnen: ohne Bismarck wäret ihr gar nicht hier! Ja, das ist eben das Abscheuliche, daß er Staatsmännern wie Richter den Weg vertrat, denn daß die eine ganz andre Arbeit gemacht haben würden, muß ihnen der Reid lassen. Man bestreitet unter Hinweis auf die sozialpolitische Gefesfabrik geleitet, wie Herr Singer? Nur so lernt man die Not der arbeitenden Bevölkerung kennen. Man lacht über den Grafen Hompesch, weil er meinte, gegen den gestürzten Reichskanzler brauche man nicht mehr höflich zu sein; aber Graf Hompesch ist doch nicht der Erfinder der Fabel vom Gelsfußtritt. Endlich sagen die Deutschen, die Welt lache nicht allein über die 163, sondern über das deutsche Volk. Nun wohl, wenn euch das nicht recht ist, so wählt nicht solche „Vertreter“! Denn das kann kühn behauptet werden: für Deutsche dieses Schlags hätte sich Bismarck nicht die ungeheure Lebensaufgabe gestellt.